

Pulsnitzer Tageblatt

Kernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amtlich 1 mm 30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwanngswieser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Horn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lehmenhof, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. R. K. S. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 249

Dienstag, den 23. Oktober 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Das Verzeichnis derjenigen im Stadtbezirk Pulsnitz wohnhaften Personen, die zum Amte eines Schöffen und Geschworenen berufen werden können, liegt vom

29. Oktober bis zum 3. November 1928

während der öffentlichen Geschäftszeit (8-1/2 Uhr) im Rathaus, 1 Treppe, Zimmer 4 zu jedermanns Einsicht aus. Während dieser Zeit kann gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit dieses Verzeichnisses schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden.

Pulsnitz, den 23. Oktober 1928.

Der Stadtrat.

Mittwoch, den 24. Oktober 1928, vorm. 11 Uhr soll in Pulsnitz, Rest. zum Bürgergarten

1 Piano

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden

Pulsnitz, am 23. Oktober 1928

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgericht

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Aut „Stolle Helge“ sind die belgisch-holländischen Sachverständigen verhandlungen über eine Kanalverbindung zwischen Antwerpen und dem Rhein erfolglos geblieben. Voraussichtlich werden keine neuen Verhandlungen stattfinden.

In Berlin begann die Länderkonferenz ihre Beratungen. Im September weist unsere Handelsbilanz eine Ausfuhrsteigerung von 33 Millionen Reichsmark auf.

Der Schuhmann-Prozess wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit fortgesetzt.

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Brüssel wird am heutigen Dienstag das Eintreffen Parker Gilberts erwartet, der mit Mitgliedern der Regierung über die Frage der Revision des Dawes-planes Besprechungen haben wird.

Schulstreik „Berlin“ ist am Sonntag in Sabang eingelaufen. Beim Aufstieg auf die „Frau Witt“ ist der 23-jährige Student Richard Voebel aus Heidelberg tödlich abgestürzt.

Generalmusikdirektor Erik Kleiber wurde eingeladen, im nächsten Frühjahr in Barcelona anlässlich der dortigen Weltausstellung drei große Orchestertonette zu dirigieren, u. a. die 9. Sinfonie von Beethoven.

Das Schahamt in Washington beschäftigte sich am Montag mit den im Gange befindlichen Reparationsverhandlungen. Dabei wurde erneut betont, daß Amerika eine Verdoppelung der Kriegsschulden mit den Reparationen unter keinen Umständen zulassen werde.

Die Paratyphus-Epidemie in der Gegend von Odense (Dänemark) nimmt immer größeren Umfang an. Die Zahl der Erkrankten ist auf etwa 150 gestiegen.

Auf der Linie Genf—Lyon wurde die Eisenbahnlinie durch wolkensbruchartige Regenfälle in der Nähe des Bahnhofs Bellegarde an fünf Stellen unterbrochen und die Verbindung unterbrochen. Mehrere Züge sind entgleist, ohne daß jedoch Materialschäden oder Menschenleben zu beklagen sind.

In Tuzla (Jugoslawien) entgleiste infolge eines Erdbebens ein Eisenbahnzug. Die Lokomotive und mehrere Wagen stürzten um. Aus den Trümmern wurden zwei Tote und vier Verletzte geborgen.

Nach Meldungen aus New York entsprechen die Gerüchte, wonach Anhänger des Ku-Klux-Klan auf den Sonderzug des Präsidentenwahlkandidaten Smith Schüsse abgegeben haben sollen, nicht den Tatsachen.

Wie aus Singapur gemeldet wird, hat ein chinesischer Amokläufer auf dem Dampfer „Minderoo“ vier Landleute niedergestochen. Der Amokläufer konnte festgenommen werden.

Wie aus Peshawar gemeldet wird, hat die dort garnisonierte afghanische Kavallerie zusammen mit der in Gardez liegenden Artillerie gegen ein vorwiegend von Anhängern des Ghilzai-Stammes bewohntes Dorf in der Nähe des Altinur Passes eine Strafexpedition durchgeführt.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

(Der Zug nach der 2. Klasse.) Ein Blatt Westfälens berichtet unter vorstehender Ueberschrift u. a. folgendes: „Die Reichsbahnverwaltung hat Propaganda für Benutzung der zweiten Wagenklasse gemacht, und sie hatte damit Erfolg. Der Erfolg war für die Fahrgäste aber zum Teil sehr unangenehm, weil die Plätze der zweiten Klasse nicht ausreichend waren. Die Polsterklasse wird in einzelnen Fällen neuerdings in einem Umfange benutzt, wie er trotz sorgfältiger Schätzung nicht vorausgesehen war, sodaß sich die Anpassung der Platzwahl an das neue Verkehrsaufkommen verzögern muß. — Pflicht der Reichsbahnverwaltung ist es nun, scheinbar eine große Zahl von Polsterwagen bauen zu lassen. Die Waggonfabriken werden diese Aufträge freudig begrüßen, weil sie dann Beschäftigung für ihre Arbeiter haben. Aber auf längere Zeit hinaus wird es noch recht überfüllte 2.-Klasse-Wagen geben.“

(81 Liter Bier auf den Kopf der Bevölkerung.) Die Biererzeugung im Deutschen Reich ist nach den neuesten Zahlen, die das Statistische Reichsamt soeben veröffentlicht, von 48,3 Mill. Hektoliter im Jahre 1926 auf 51,6 Mill. Hektoliter im Jahre 1927 gestiegen. Am 31. März 1927 waren im deutschen Zollgebiet 6511 gewerbliche Brauereien vorhanden, von denen im Jahre vorher 4624 in Betrieb waren. Außerdem haben 25 149 Hausbrauer Bier erzeugt. Die Mehrerzeugung entfällt zum größten Teil auf Vollbier. Nach Abzug der ausgeführten Biermengen betrug der deutsche Bierverbrauch im letzten Jahre

25 Denkschriften für die Länderkonferenz

Beginn der Ausschusstagung

Vor einem Regierungswechsel in Rumänien — Italien und die Reparationsfrage
Deutschland und die Reparationsverhandlungen

Berlin. Der Ausschuss der Länderkonferenz für Verfassungs- und Verwaltungsreform hat am Montag in Reichskanzlei seine zweite Tagung begonnen. Die Beratungen wurden für vertraulich erklärt. Dem Ausschuss liegen allein 25 Denkschriften vor, die sich sowohl auf die Frage der Verfassungsreform wie auf die Frage der Verwaltungsreform, die Vereinheitlichung der Justizverwaltung, die Übernahme der Finanzverwaltung kleinerer Länder auf das Reich und ähnliche Fragen beziehen. Den Vorsitz der Verhandlungen hat der Reichskanzler.

Ueber die Aufgaben der Länderkonferenz äußerte sich der bayerische Ministerpräsident Held u. a. folgendermaßen: „Der Urgrund aller Mißverhältnisse zwischen Reich und Ländern liegt in den Mängeln der heutigen verfassungsrechtlichen Zustände im Reich. Wer darum die Mißverhältnisse beseitigen will, muß in erster Linie die Beseitigung der vorhandenen Mängel erlangen.“ Das ist der Grundgedanke, auf dem der erste Teil eines Berichtes aufgebaut ist, den der bayerische Ministerpräsident Dr. Held im Ausschuss der Sonderkonferenz für Verfassungs- und Verwaltungsreform bereits vor etwa 14 Tagen schriftlich ausgegeben hat. Der Bericht nimmt seinen Ausgang von den Mängeln des deutschen Verfassungslebens. Besonders interessant sind nach dem von der Bayerischen Amtlichen Pressestelle ausgegebenen Bericht die Schilderungen, wie das Reich auf dem Gebiete der Verwaltung eine Aushöhlungsprozess durchführt. Es wird gezeigt, wie das Reich fortgesetzt durch die Errichtung von neuen Sonderbehörden in die Hoheitsgebiete der Länder übergreife. Hierdurch werde die im Interesse der Sparsamkeit und Einfachheit notwendige Einheit der Verwaltung in der Hand der Länder zertrümmert. Daraus entspringe in der Hauptsache das

Nebeneinander, Gegeneinander und Durcheinander.

Ein besonders empfindlicher Mangel unseres Verwaltungslebens sei die Tatsache, daß die einzelnen Staaten nicht mehr die genügenden Einflußmöglichkeiten auf Gesetzgebung und Verwaltung hätten, um der Notlage des Mittelstandes und insbesondere der Landwirtschaft zu steuern.

Der Bericht schließt: „Politische Kräfte wirken sich heute oft aus, als ob wir überhaupt keine Verfassung besäßen oder eine solche, in der von Rechten der Länder keine Rede mehr ist. Soll das deutsche Volk einer ruhigen Entwicklung und einer besseren Zukunft entgegengeführt werden, dann gilt es, für unser Verfassungsleben wieder das Recht zurückzugewinnen.“

Vor einem Regierungswechsel in Rumänien?

Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, sind zur Zeit Bestrebungen im Gange, nach der Verabschiedung der Stabilisierung und Anleihegesetze, die für Anfang November erwartet wird, eine nationale Regierung unter neutraler Führung zu bilden. Diese Regierung, der alle Parteien angehören würden und die mit dem gegenwärtigen Parlament arbeiten würde, soll nur drei bis vier Monate im Amt bleiben. Ihre Aufgabe wäre die Emission der Anleihe und die Ueberwachung der Durchführung der Stabilisierungsgesetze. An der Spitze dieser Regierung würde Fürst Stirbey stehen. In den Kreisen der nationalen Bauernpartei wird erklärt, daß die Führer der Partei und vor allem Maniu gegen eine solche Regierung seien und daß die Partei die Lösung der Krise nach wie vor in der Berufung der nationalen Bauernpartei zur Regierungsbildung erblicke. Falls es der Regentenschaft nicht gelingen sollte, eine nationale Regierung zu bilden, so soll die Regierung Bratianus spätestens nach der Emis-

sion der Anleihe Ende November zurücktreten und einer Regierung Mariu Platz machen.

Italien und die Reparationsfrage

Rom, 23. Oktober. Während der Verhandlungen Parker Gilberts in Paris und London kündigten die italienischen Blätter an, daß der Reparationsagent nach Rom kommen werde, um die italienische Regierung über den Stand der Reparationsfrage zu unterrichten. Zwischenzeitlich hat sich herausgestellt, daß Parker Gilbert nicht nach Rom kommt, er hat vielmehr Mussolini brieflich über das Ergebnis seiner bisherigen Besprechungen unterrichtet und Italien ersucht, an neuen Verhandlungen teilzunehmen. Einen Brief ähnlichen Inhalts von Schatzkanzler Churchill hat der englische Botschafter in Rom Mussolini überreicht. Giornale d'Italia erzählt dazu, daß zum Vertreter Italiens in der nach der Genfer Vereinbarung vorgesehenen technischen Kommission Dr. Pirelli ernannt sei. Die italienische Presse betont weiterhin, Italien müsse darauf bedacht sein, daß die von Deutschland zu zahlende Endsumme mindestens so hoch bemessen werden müsse, daß der Anteil Italiens ausreiche, um die eigenen Kriegsschulden zu bezahlen. Man wolle nicht Opfer bringen, die etwa wieder Frankreich zugute kämen. Die Tribuna äußert die Ansicht, daß eine Revision des Dawes-planes unmöglich sei, wenn Amerika nicht in eine Revision der Kriegsschulden einwillige. Das Blatt beklagt sich, daß Amerika eine Verdoppelung der Kriegsschulden mit der Reparationsfrage ablehne.

Deutschland und die Reparations-Verhandlungen

In einem Artikel über die neue Phase der Reparationspolitik weist die Berliner „D. A. Z.“ darauf hin, daß für die kommende Tagung der Sachverständigenkommission die Formulierung des Auftrages von besonderer Bedeutung sei. Es sei nicht möglich, einen Sachverständigenkongress einfach den Auftrag zu geben, die Endsumme zu fixieren, mit der Deutschland für Reparationen belastet sein solle. Es müsse geklärt werden, ob die Kommission von weltwirtschaftlichen Erwägungen, von der Leistungsfähigkeit Deutschlands oder von dem im Versailler Diktat proklamierten Grundsätzen ausgehen solle. Versäume Deutschland eine solche Klärung, dann bestehe die größte Gefahr, daß die Sachverständigenkommission eine möglichst lange Dauer der Zahlungsfrist Deutschlands festsetze, um zu einem Sechstel der Reparationsendsumme zu kommen, der den Wünschen Frankreichs einigermaßen entspreche. Je länger die Zahlungsfrage bemessen würden, umso mehr näherte man sich den Forderungen Poincarés, die ja weniger auf die Leistungsfähigkeit Deutschlands als auf das Prinzip abgestellt seien, daß Frankreich Deckung für gewisse Budgetlasten haben muß. So könnte dann äußerlich dem Prinzip der Leistungsfähigkeit genüge getan, in Wirklichkeit aber Poincarés Standpunkt akzeptiert werden. Man habe den Eindruck, daß die Gefahren des beschrittenen Weges nicht überall richtig erkannt würden. — In der „Deutschen Tageszeitung“ wird darauf hingewiesen, daß in Deutschland keinerlei Anlaß bestehe, die These Poincarés, daß Frankreich die Wiedererstattung seiner amerikanischen Schulden plus Wiederaufbaukosten erhalten müsse, zur Diskussion stellen zu lassen. Sie finde nicht einmal im Versailler Vertrag, der von den Kriegsschulden der Alliierten kein Sterbenswort enthalte, eine rechtliche oder materielle Begründung. Ebenso-

